Einführung ins internationale Erbrecht

Von RA / FA ErbR F. M Große-Wilde, Bonn

Ausländisches Recht muss in die Überlegungen einbezogen werden, wenn

- der Erblasser Ausländer ist,
- der Erblasser seinen letzten Wohnsitz/Aufenthalt im Ausland hatte,
- ausländisches Vermögen vorhanden ist,
- eine letztwillige Verfügung im Ausland errichtet wurde,
- ein Erbe im Ausland wohnt (in manchen Fällen),

Die maßgeblichen deutschen Rechtsnormen für die internationale Erbfolge finden sich heute im Einführungsgesetz zum BGB, in der EU ErbVO¹, im Internationalen Erbrechtsverfahrgesetz, das Haager Testamentsformübereinkommen² sowie in den Staatsverträgen, die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Drittstaaten abgeschlossen wurden und erbrechtliche Zuordnungen regeln.

Vorrangig vor den Normen des (deutschen) Internationalen Privatrechts (IPR) in den Art. 25 und 26 EGBGB sind die Staatsverträge zu berücksichtigen, die die BRD abgeschlossen hat³. Hieran hat sich auch durch das Inkrafttreten der EU ErbVO nichts geändert, Art. 75 Abs. 1 EU ErbVO.

In allen anderen Fällen verweist Art 25 für alle Erbfälle **seit dem 17. 8. 2015** auf die EU-ErbVO, auch soweit die Rechtsfolge von Todeswegen nicht in deren unmittelbaren Anwendungsbereich fällt.

Das Haager Testamentsformabkommen, das in der Vergangenheit eine große Bedeutung hatte, ist mittlerweile durch Art. 26 Abs. 1 – 2 EGBGB, Art. 27 EU ErbVO in deutsches Recht übernommen worden⁴. Es bleibt aber weiter für die Beurteilung von Testamenten aus ausländischer Sicht bedeutsam. Zu berücksichtigen ist, dass in allen Fällen die **je-weils** gültigen Kollisionsnormen maßgeblich sind, also die Normen zum Zeitpunkt der Testamentserrichtung regelmäßig für das Testament, die Normen zum Zeitpunkt des Erb-falles für den Erbfall.

1. Der Erblasser ist Ausländer

Für die Frage, welches Erbrecht beim Tod einer Person maßgeblich ist (**Erbstatut**), knüpfte das **deutsche Kollisionsrecht** bis zum Inkrafttreten der EU ErbVO an die Staatsangehörigkeit des Erblassers zum Zeitpunkt seines Todes an, Art. 25 Abs. I EGBGB

¹ Verordnung (EU) Nr. 650/2012 – Europäische Erbrechtsverordnung)

² Übereinkommen vom 5. 10. 1961, BGBl II 1965, 1144 (gilt nur für Testamente)

³ Staatsverträge gibt es mit der Türkei, dem Iran und der ehemaligen Sowjetunion

⁴ Und gilt für alle erbrechtlichen Verfügungen

a.F.. Bei Mehrstaaten ging die deutsche Staatsangehörigkeit vor, Art. 5 Abs. 2 S. 2 a.F. EGBGB. Bei Staatenlosen wurde an den Wohnsitz bzw. den Aufenthaltsort angeknüpft⁵.

Mit dem Inkrafttreten der EUerbVO richtet sich für alle Personen, die ihren Wohnsitz in den Teilnehmerstaaten⁶ haben, das Erbstatut nach dem Recht des Staates, in denen der Erblasser seinen letzten gewöhnlichen Aufenthaltsort gehabt hat. Hierbei ist der gesamte Nachlass zu betrachten, eine Nachlassspaltung kommt, mit Ausnahme der Sonderregelung in Art. 30 EUerbVO, die Sonderregelungen z. B. nach der Höfeordnung für landwirtschaftliche Flächen zulässt, nicht mehr in Betracht. Gleichwohl können im Verhältnis zu Drittstaaten noch effektive Nachlassspaltungen möglich sein. Rechtlich ist dies auch im Bereich der Staatsverträge für die Türkei, Iran und die ehemalige Sowjetunion möglich.

Nach dem Erbstatut richtet sich auch, was im Einzelnen zum Nachlass gehört, einschließlich der Frage, ob Surrogation eintritt, oder der Frage der Erbfähigkeit von Beteiligten. Entsprechendes gilt auch für die Rechtsstellung der Erben untereinander, die Verwaltung und die Abwicklung des Nachlasses.

Bei einem (in Deutschland zulässigen) gemeinschaftlichen Testament des Erblassers mit seiner Ehefrau ist das gemeinschaftliche Erbstatut maßgeblich. Fällt dieses gemeinsame Erbstatut auseinander, so gelten die beiden Statute kumulativ nebeneinander, es müssen also bei der Beurteilung der Wirksamkeit von Testamenten etwa für beide Ehegatten die entsprechenden Wirksamkeitsvoraussetzungen gegeben sein⁷.

Daneben ist bei einer Berührung von Drittstaaten⁸ das jeweilige **ausländische Kollisionsrecht** zu beachten. Wenn nach europäischem Kollisionsrecht ein in Deutschland lebender Serbe nach deutschem Recht beerbt wird, so ist dies für eine abschließende Beurteilung noch nicht ausreichend. Weil nach serbischem Recht in Serbien das Staatsangehörigkeitsprinzip gilt, kann es zu einem Entscheidungsdissens⁹ kommen, der praktisch so aufgelöst wird, dass für in Deutschland befindliches Vermögen deutsches Recht und für in Serbien befindliches Vermögen serbisches Recht angewandt wird (effektive Nachlassspaltung).

Es müssen noch die Kollisionsnormen des ausländischen Rechtes geprüft werden, da das europäische Kollisionsrecht auch auf die ausländischen Kollisionsnormen verweisen kann. Diese können sich nach anderen Kriterien richten, insbesondere ist in diesem Zusammenhang auch eine Rückverweisung (Renvoi) auf das deutsche Recht nicht selten. Das deutsche Recht nimmt eine derartige Rückverweisung generell an, Art. 34 EUerbVO.

Eine **Rückverweisung** kann hierbei auch nur einen Teil des Nachlasses erfassen, was dann im Ergebnis zu einer **Nachlassspaltung** führen kann. Eine Nachlassspaltung tritt oft dann ein, wenn ausländische Grundstücke zum Nachlass gehören. Für Grundstücke ordnen viele ausländische Rechtsordnungen das **Belegenheitsprinzip** (lex rei sitae) an. Der Widerspruch zu Art. 21 EUerbVO wird durch das deutsche Recht nicht mehr rechtlich gelöst, so dass nur noch effektiv der lex rei sitae der Vorrang eingeräumt wird. Eine

⁵ Art. 12. New Yorker-Übereinkommen, BGBL II 1976, 473; 1977, 235

⁶ Dies sind alle Mitglieder der EU mit Ausnahme von Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich

⁷ siehe im einzelnen MK-BGB/Birk, Art. 26 EGBGB, Rn. 95 f.

⁸ Drittstaaten sind solche, die nicht der EUerbVO unterfallen

⁹ Vgl. Süß, Erbrecht in Europa, 3. Aufl. Serbien RN.. 4

Nachlassspaltung führt dazu, dass der jeweilige Nachlassteil als eigenständig anzusehen ist, der wiederum so zu behandeln ist, als sei er der Gesamtnachlass¹⁰.

Insbesondere im **Pflichtteilsrecht** führt die Nachlassspaltung nicht selten zu erheblichen Problemen. Denn viele Rechtsordnungen, die auf das Prinzip des *lex rei sitae* (Belegenheit) abstellen, kennen kein Pflichtteilsrecht¹¹. Dies führt dazu, dass etwa für in Kalifornien gelegenes Vermögen auch keine Pflichtteilsansprüche geltend gemacht werden können. Ob eine solche Regelung gegen den deutschen „ordre public“ verstößt, etwa wenn der Pflichtteilsberechtigte auf diesem Wege der Sozialhilfe anheim fällt, ist streitig¹². Die jüngere Literatur leitet aus der Entscheidung des BVerfG¹³ zum Pflichtteilsrecht ab, dass das Pflichtteilsrecht als Bestandteil des ordre public des deutschen Rechts gleichwohl zu beachten ist¹⁴.

Sieht die jeweilige Rechtsordnung ein Pflichtteilsrecht¹⁵ oder ein Noterbrecht¹⁶ vor, so ist dies für den jeweiligen Teilnachlass anzuwenden. Bei Pflichtteilsansprüchen aufgrund der Rückgabe von ehemaligen DDR-Grundstücken gilt das BGB¹⁷. Kritisch wird dies dann, wenn eine derartige Nachlassspaltung wegen besonderer Vorgaben der jeweiligen Rechtsordnungen zu einer praktischen Verfälschung des testierten Erblasserwillens führt. In derartigen Fällen ist nach allgemeiner Auffassung eine Anpassung vorzunehmen, die unter Umständen zu einer Kürzung von Pflichtteilsansprüchen auf Null führen kann¹⁸.

Der Erblasser hat häufig auch die Möglichkeit der **Rechtswahl**, die aber nach seinem Erbstatut zulässig sein muss. Nach Art. 22 EuErbVO kann der Erblasser mit letztwilliger Verfügung auch das Recht des Staates wählen, dem er als Staatsangehöriger angehört. Insoweit könnte etwa ein deutsches Ehepaar, deren Recht des Aufenthaltsortes gemeinsame Testamente nicht zulässt¹⁹, bei gleichzeitiger Rechtswahl mit den Bindungswirkungen des deutschen Rechtes über Grundvermögen in Spanien verfügen.

Für **Ehegatten** gelten Besonderheiten. In vielen Rechtsordnungen sind Erbrecht und Güterrecht aufeinander abgestimmt. Weil aber das Erbstatut – anders als das Güterrechtsstatut²⁰ – durch verschiedene Umstände Änderungen erfahren kann, kann dies zu einer rechtlichen Lücke führen. So lösen viele Länder²¹ das Erbrecht des Ehegatten grundsätzlich güterrechtlich. Dies kann nun zu einer doppelten Berücksichtigung des Erbrechtes führen, wenn etwa das Güterrechtsstatut spanisch und das Erbrechtsstatut deutsch ist, oder aber es kann zu überhaupt keiner Berücksichtigung des Erbrechtes des Ehegatten führen, etwa wenn das Güterrechtsstatut deutsch und das Erbrechtsstatut italienisch ist. In solchen Fällen wird das Prinzip der kollisionsrechtlichen Angleichung angewandt und eine Harmonisierung der verschiedenen Interessen der Beteiligten im konkreten Einzelfall

¹⁰ BGHZ 24, 352

¹¹ so etwa England und die USA (mit wenigen Ausnahmen)

¹² dagegen BGH, NJW 1993, 1920; dafür MK-BGB/Birk, 5. Aufl. 2010, Art. 25 EGBGB, Rn. 112; Staudinger-Dörner, 13. Auflage, Art. 25 EGBGB, Rn. 695; Staudinger-Haas, 2006, Einl. Zu 2303 ff. BGB, Rn 65; Bauer in Dutta/Weber, Internationales Erbrecht 2016, EuErbVO Art. 35, Rn 11

¹³ BVerfG NJW 2005, 1561

¹⁴ Beispielhaft Bauer in Dutta/Weber, Internationales Erbrecht 2016, EuErbVO Art. 35, Rn 11

¹⁵ so etwa Österreich, Ungarn, Polen, Schweden, Finnland

¹⁶ so etwa Frankreich, Benelux, Schweiz, Spanien, Italien, Portugal, Griechenland

¹⁷ vgl. BGH, ZEV 1996, 246

¹⁸ siehe etwa das Beispiel bei Kerscher, 1095

¹⁹ etwa in Italien oder Spanien

²⁰ Art. 15 I EGBGB

²¹ etwa Schweden, Frankreich, Belgien

vorgenommen²². Wie die Erbteilserhöhung nach § 1371 I BGB einzuordnen ist, ist seit 2018 durch den EuGH entschieden. Hiernach ist die Regelung erbrechtlich einzuordnen.²³

2. Wohnsitz des Erblassers im Ausland

Der ausländische letzte Wohnsitz des Erblassers ist auch schon nach früherem Recht dann von Bedeutung gewesen, wenn für das Erbstatut des Wohnsitzlandes das Wohnsitzprinzip gilt. So galt etwa in Dänemark oder Norwegen für das gesamte Vermögen das Wohnsitzprinzip. In Frankreich, Belgien, Luxemburg und Großbritannien galt das Wohnsitzprinzip für das bewegliche Vermögen. Zum beweglichen Vermögen gehören in vielen Ländern auch Unternehmensbeteiligungen. Nach heutigem Recht ist im Bereich der EU ErbVO auf den letzten gewöhnlichen Aufenthalt abzustellen. Für die nicht der Verordnung beigetretenen EU-Länder, also Irland, Großbritannien und Dänemark, gilt das bisherige Recht fort.

Ein Beispiel: Für eine in Köln lebende Engländerin, die von Ihren Eltern ein Grundstück in London geerbt hat, gemeinsam mit Ihrem deutschen Ehemann hälftige Eigentümerin eines Einfamilienhauses in Köln ist und die ein Sparkonto bei der Kreissparkasse Köln und ein Wertpapierdepot bei RBS in London unterhält, ist nur für das Grundstück in London englisches Recht anzuwenden. Für das bewegliche Vermögen²⁴ und das deutsche Immobilienvermögen²⁵ verweist das englische Recht auf das deutsche Sachrecht zurück, das die Verweisung annimmt.

Zu beachten ist, dass der Begriff des Wohnsitzes/ gewöhnlichen Aufenthaltes in den verschiedenen Rechtsordnungen unterschiedlich definiert wird.

3. Auslandsvermögen

Für Grundstücke ordnen viele ausländische Rechtsordnungen das **Belegenheitsprinzip** (lex rei sitae) an. Der Widerspruch zu Art. 21 EU ErbVO wird durch das deutsche Recht nicht mehr rechtlich gelöst. Art. 30 EU ErbVO regelt nur die Anwendung materiell-rechtlicher grundstücksbezogener Vorschriften, so etwa die Anwendung der Höfeordnung für in Deutschland befindlicher Grundstücke auch bei ansonsten umgesetzter Anwendung ausländischen Rechts. Gleichwohl gibt es Staaten, in denen der lex rei sitae der Vorrang eingeräumt wird. Dies kann dann zu einer effektiven Nachlassspaltung führen.²⁶

Typische Länder, in denen die lex rei sitae gilt, sind etwa Großbritannien, Kanada, Australien, China, einzelne Staaten der USA. Was hierbei zum unbeweglichen Vermögen gehört, richtet sich regelmäßig nach dem Recht des Staates, in dem das Vermögen liegt²⁷. Einige Staaten ordnen sogar für das gesamte im Inland befindliche Vermögen die Anwendung des eigenen Rechts an.²⁸

²² Vgl. Dörner, ZEV 2018, 305

²³ EuGH v. 1. 3. 2018 - C-558/16 (Mahnkopf), ZEV 2018, 205; anders noch der BGH ErbR 2015, 422

²⁴ nach dem Wohnsitzprinzip

²⁵ nach dem Belegenheitsprinzip

²⁶ Hinkendes Nachlassverhältnis, Scheidt in Dutta/Weber, EuErbVO, Art. 30, Rn. 5

²⁷ vgl. etwa Süß, Erbrecht in Europa, 3. Aufl. 2015, § 2, Rn. 174 ff.

²⁸ Beispiele sind hier etwa Costa Rica, Mexico, Mississippi (USA)

4. Ausländische Testamente

Alle Formfragen für die Wirksamkeit von Testamenten bestimmen sich nach Art. 26 EGBGB i.V. m. Art 27 EuErbVO. Hier arbeitet das Gesetz für den Erblasser und ordnet eine weitgehende Gültigkeit von letztwilligen Verfügungen an. Danach reicht für die Testamentserrichtung die jeweilige „Ortsform“ aus. Dies ist die Beachtung der Formvorschriften, die am Ort der Errichtung des Testamentes national gültig sind. Ebenso reicht es aus, wenn die Form eingehalten wird, die in dem Staat gültig ist, dessen Staatsangehöriger der Erblasser entweder beim Erbfall oder bei der Errichtung des Testamentes war. Schließlich reicht auch die Form aus, die an dem Wohnsitz des Erblassers gültig war, an dem er zum Zeitpunkt der Errichtung des Testamentes oder beim Erbfall wohnte²⁹.

Nicht ausgeschlossen ist, dass sich im Laufe der Jahre das Erbrechtsstatut des Erblassers ändert oder geändert hat. Hier gelten praktisch die Grundsätze des „Vertrauensschutzes“. Eine einmal wirksam errichtete Verfügung bleibt deshalb auch in Zukunft wirksam, mag auch durch den später eingetretenen Wechsel des Erbstatutes eine später andere Beurteilung eintreten.

5. Die Erben sind Ausländer oder leben im Ausland

Die Staatsangehörigkeit der Erben hat für die erbrechtlichen Fragestellungen grundsätzlich keine Bedeutung. Das gleiche gilt im Grunde auch für den Wohnsitz der Erben.

Allerdings sind beim Wohnsitz der Erben Besonderheiten in erbschaftssteuerlicher Hinsicht zu berücksichtigen. Denn das internationale Steuerrecht knüpft an den tatsächlichen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt³⁰ an.

Wie man sich vorstellen kann, will sich der deutsche Staat die Erbschaftssteuer nicht entgehen lassen. Zur Sicherung dieser Erbschaftssteuer hat er deshalb einige besondere Vorschriften eingeführt. So unterliegen alle, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, der deutschen Steuerpflicht. Davon ist auch das Auslandsvermögen betroffen.

Auch deutsche Staatsangehörige, die früher ihren Wohnsitz in Deutschland hatten und die sich nicht länger als fünf Jahre danach im Ausland aufgehalten haben, unterliegen noch der deutschen Steuerpflicht, § 2 I 1 b ErbStG. Ist der Erbe steuerlich als Ausländer zu betrachten, so reicht bereits die Tatsache aus, dass der Erblasser Inländer ist, um steuerliche Wirkungen in Deutschland auszulösen. Auch in diesem Falle ist steuerlich das gesamte Vermögen des Erblassers steuerpflichtig, auch das Auslandsvermögen.

Sind sowohl Erbe als auch Erblasser im Ausland ansässig, so besteht nur eine beschränkte Steuerpflicht, § 2 I Nr. 3 ErbStG. Sie erfasst die im Inland liegenden Vermögenswerte, insbesondere das Grund- und Betriebsvermögen³¹. Auslandsvermögen, Bankforderungen, Wertpapiere sowie Geldvermächtnisse werden dagegen nicht erfasst³². Beschränkt Steuerpflichtige erhalten allerdings nur einen anteiligen Freibetrag entsprechend

²⁹ siehe im übrigen Art. 27 EUerbVO

³⁰ vgl. Flick/Piltz, S. 281, Rn. 1209

³¹ siehe zu den Einzelheiten § 121 Bewertungsgesetz, weitere Hinweise bei Flick/Piltz, Rn. 1285 f.

³² vgl. Flick/Piltz, Rn 1301

ihrem Verwandtschaftsverhältnis. Der Anteil richtet sich nach dem Anteil des in Deutschland belegenen Nachlassanteils zum gesamten (Welt-) Nachlass, § 16 Abs. 2.³³

Für die Auszahlung von Bankguthaben oder Versicherungsleistungen muss wegen der besonderen Haftung letztlich auch der deutschen Bank/Versicherung eine Freigabebescheinigung für die Auszahlung von Guthaben beigebracht werden (§ 20 VI ErbStG). Entsprechendes gilt auch für Nachlassverwalter, Nachlasspfleger, Testamentsvollstrecker und Erbschaftsbesitzer.

³³ Die ursprüngliche Regelung mit einem Freibetrag von 2.000 € wurde aufgrund der Entscheidung des EuGH v. 8.6.2016 – C-479/14 (Sabine Hünnebeck), DStrR 2016, 1360 mit Wirkung ab dem 25.6.2017 geändert.